



## Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika

KEESA, c/o FEPA, Postfach 195, 4005 Basel  
Tel. 061 681 80 84 Fax 061 683 43 12  
coordination@apartheid-reparations.ch  
www.apartheid-reparations.ch

Rundschreiben Nr. 17

Januar 2016

### Rückblick auf die Tagung „Migration und Xenophobie vom 27.-28. November

Es war die vierte Tagung dieser Art, welche die KEESA in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Afrikastudien der Universität Basel, dem Afrika-Komitee, Solifonds und fepa (Fonds für Entwicklung und Partnerschaft in Afrika) organisierte, wiederum als Gast der Basler Afrika Bibliographien. Ziel war die Auseinandersetzung mit dem topaktuellen Thema Migration und Xenophobie, wobei Südafrika und die Schweiz im Blickfeld standen.

Durch das einleitende Gespräch am Freitagabend führte der Soziologe Elísio Macamo. Katharina Morawek, Kuratorin der Shedhalle Zürich und gebürtige Wienerin, übte prägnante Kritik an der hiesigen Praxis des Ausschlusses von Migranten und Migrantinnen, eine Praxis, die sie als strukturellen Rassismus bezeichnete. Wenn ein Viertel der Bevölkerung nicht an der politischen Gestaltung teilhaben dürfe, könne man kaum mehr von Demokratie sprechen. Es brauche politische Utopien, um das Zusammenleben neu zu denken, meinte sie. Jean Pierre Misago vom African Center for Migration and Society der Witwatersrand-Universität in Johannesburg, selbst ein gebürtiger Burundier, prangerte den südafrikanischen Staat an, der seiner Verpflichtung nicht nachkomme, die Bevölkerung zu schützen, und die Existenz der Fremdenfeindlichkeit hartnäckig leugne. Deshalb würden alle Empfehlungen ignoriert und nichts unternommen, um das Problem anzupacken. Es fehle an Mechanismen, die gesellschaftlichen Konflikte auf gewaltfreie Art aufzugreifen.



v.l.n.r.: Katharina Morawek, Elísio Macamo und Jean Pierre Misago

Am Samstag sprachen Sindi Mkhize von der Slumbewohner-Bewegung Abahlali baseMjondolo aus Durban und Mervyn Abrahams von PACSA in Pietermaritzburg über ihre Erfahrungen mit der xenophoben Gewalt. Bei beiden liess sich angesichts der grossen Gewaltbereitschaft der Bevölkerung eine gewisse Ratlosigkeit heraushören. Sindi Mkhize

formulierte es so: „Wir sind nicht in der Lage die Wut der Bevölkerung zu kontrollieren“. Beide Organisationen erklärten sich solidarisch mit den betroffenen MigrantInnen und beteiligten sich an entsprechenden Aktivitäten. PACSA führte im Zentrum von Pietermaritzburg eine entsprechende Bewusstseinskampagne durch. Ihre Aussagen unterstrichen die Ausführungen des Soziologen Misago, wonach sich die Täter im Recht fühlten, weil sie damit rechnen konnten vom Staat für ihre Angriffe auf Ausländer nicht zur Rechenschaft gezogen zu werden. Im Gegenteil: Die Behörden führten als Antwort auf die Übergriffe Razzien gegen „illegale Ausländer“ durch. Auf lokaler Ebene seien Behördenvertreter manchmal sogar aktiv in die Gewalt gegen Fremde involviert.

Berhanu Tesfaye, Aktivist der Autonomen Schule Zürich (ASZ) und gebürtiger Äthiopier, sprach über die konkreten Erfahrungen, die er und andere KollegInnen in der Schweiz machten. Er ging auf die von der Polizei angewandte Praxis des „Racial Profiling“ ein (vergleiche dazu den Artikel von Mohammed wa Baile in Afrika-Bulletin Nr.158). An praktischen Beispielen zeigte er auf, dass die fortlaufende Verschärfung des Ausländerrechts in den letzten 15 Jahren zu einer Rechtsunsicherheit für die Betroffenen führte. Für AsylbewerberInnen ist es wichtig, dass es Freiräume gibt, an denen sie zusammen kommen und sich einbringen können. Ein solcher Platz sei die ASZ, wo auf freiwilliger Basis u.a. Sprachunterricht erteilt wird. Die ASZ erhält keine Subventionen und hat keine permanente Bleibe. In den letzten Jahren musste sie deshalb 8mal umziehen. In Anerkennung ihrer Leistungen erhielt sie im November 2015 den Paul Grüninger-Preis zugesprochen.

In seinem Beitrag vertiefte Jean Pierre Misago seine Argumentation des Vorabends. Die lokale Bevölkerung habe nach dem Ende der Apartheid eine Verbesserung ihrer Lage erwartet und sei frustriert, weil dieser Anspruch nicht erfüllt werde; die Schuld dafür gebe sie den Fremden. Fremdenhass sei so zu einer Form des Nationalismus geworden. Da die politische Basis der Regierungspartei die Fremden hasse, wolle diese nicht dagegen auftreten. Es sei klar, dass der politische Wille fehle, der Xenophobie entgegen zu treten. Das sei quasi die dunkle Seite der Demokratie. Fremdenhass per se sei nicht das eigentliche Problem, sondern vielmehr deren Manifestierung durch Gewalt und dass diese nicht geahndet werde.

Diese Haltung lag auch der Operation Fiela zugrunde, welche die Polizei im April unmittelbar nach den Übergriffen lancierte. Fremde wurden kontrolliert, verhaftet und deportiert. Die Täter blieben unbehelligt und damit straffrei. Dadurch wurde ihr Verhalten durch die Regierung sanktioniert. Dies sei gefährlich, weil die Rechtsstaatlichkeit auf diese Weise untergraben werde. Dazu komme, dass die Polizei in vielen Fällen einfach zuschaute, wenn sie sich nicht selbst an Plünderungen beteiligte. In anderen Fällen kam sie zwar, aber nur um die Fremden sicher aus dem Township zu geleiten und deren Eigentum den Plünderern zu überlassen.

Die Zivilgesellschaft sei schwach. Sie könne den Staat nicht dazu anhalten, die Bevölkerung zu schützen. Nicht überall sei es indessen zu Gewalt gegen Fremde gekommen. An einigen Orten habe die Bevölkerung die Fremden in ihrer Mitte geschützt und sich gegen die Gewaltanstifter gestellt. Der Schritt von der Fremdenfeindlichkeit zur Gewalt sei nicht automatisch. Es brauche immer einen Auslöser. Dies seien in den meisten Fällen private Interessen, wirtschaftlicher oder politischer Art.



v.l.n.r.ch: Mervyn Abrahams, Sindi Mkhize, Lucy Koechlin, Jean Pierre Misago, Berhanu Tesfaye

In der von Lucy Koechlin geführten Schlussrunde wurde die unterschiedliche Situation in Südafrika bzw. der Schweiz gewürdigt. So spielt zum Beispiel in Südafrika die Frustration der Bevölkerung über die anhaltende Armut eine Rolle - während dieser Faktor in der Schweiz sicher nicht als Grund für die Ausgrenzung von Migranten angeführt werden kann. Während die Gewalt gegen Migranten in Südafrika direkt und massiv ist, geht es in der Schweiz eher um strukturelle Gewalt. Wie Mervyn Abrahams erläuterte, ist die Strasse in Südafrika zunehmend zum Schauplatz politischer Auseinandersetzungen geworden, weil die Menschen meinen, nur so beim Staat Gehör zu finden. Ausländerfeindliche Ausschreitungen sind so auch ein Vehikel, um die allgemeine Unzufriedenheit zum Ausdruck zu bringen.

Die Videoaufzeichnungen sind zu finden unter:

[https://m.youtube.com/watch?index=1&list=PLJmNteL99yFuVPnP\\_EEYhnJR-l4d-R5Bt&v=HQZEqjE8Kjk](https://m.youtube.com/watch?index=1&list=PLJmNteL99yFuVPnP_EEYhnJR-l4d-R5Bt&v=HQZEqjE8Kjk)

Oder unter <http://www.fepafrika.ch/fepa/xenophobia-in-south-africa>

### Ausstellung zum Alltag in KwaZulu Natal „So leben wir“

Die KEESA hatte die Möglichkeit, die Ausstellung „So leben wir“ im Rahmen der Tagung „Migration und Xenophobie“ vom 27.-28. November in Basel zu zeigen. Die vom südafrikanischen Fotografen Cedric Nunn im Auftrag von PACSA (Pietermaritzburg Agency for Community Social Action) aufgenommenen Bilder erzählen Geschichten vom Alltagsleben der Menschen in ländlichen Gemeinden der Provinz KwaZulu Natal 20 Jahre nach dem Ende der Apartheid. Es werden Gemeinschaftsinitiativen vorgestellt, Personen (meist Frauen) portraitiert, die für sich und andere sorgen oder die selbst Solidarität erfahren. Die Bilder zeigen, wie Menschen ihr Leben organisieren, ihre Umwelt gestalten, Kinder aufziehen, füreinander da sind. Gerade damit setzen sie einen Gegenpunkt zur Welt der Medien, in denen diese alltägliche Wahrheit kaum Platz findet.

Die KASA hat eine begleitende Broschüre zur Ausstellung verfasst. Bibliographische Angaben: Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika (Hg., 2015): So leben wir – Alltag in KwaZulu-Natal, Heidelberg, Mai 2015, 24 S.

## Sammelklage gegen südafrikanische Bergbauunternehmen wegen Silikose und TB

Ein Gericht in Johannesburg prüft derzeit eine Klage gegen 32 Bergbauunternehmen in Südafrika und in anderen afrikanischen Ländern in der 100'000 Bergarbeiter als Kläger auftreten. Unter den Beklagten befinden sich die Giganten der Goldproduktion wie AngloGold, Ashanti, Goldfields und Anglo American, die beschuldigt werden, zu wenig zum Schutz ihrer Angestellten vor Silikose und TB getan zu haben, und deshalb zu Kompensationszahlungen verpflichtet werden sollen. Es ist die erste Sammelklage dieser Art. Sie ist wichtig, weil die betroffenen Bergleute nur so die Möglichkeit haben, ihre Forderungen vorzutragen. Viele von ihnen sind zu krank, um selbst vor Gericht zu gehen. Mit einer Entscheidung über die Zulassung der Klage wird erst nach Monaten gerechnet.

Die Klagenden haben zwischen 1965 und 2005 in den Minen gearbeitet. Es wird angenommen, dass bis zu einem Viertel der in diesem Zeitraum Beschäftigten von Silikose oder TB betroffen sind. Die Klage wurde bereits 2012 eingereicht. Es hat bis im Oktober 2015 gedauert, bis ein Gerichtsdatum gefunden wurde, an dem über die Zulassung der Sammelklage entschieden wird. Falls sich der Fall noch länger dahin ziehen sollte – was angesichts seiner Bedeutung wahrscheinlich ist –, dürften medizinische Betreuung und finanzielle Entschädigungen für viele zu spät kommen. Die dem Gericht vorliegenden Dokumente gehen davon aus, dass 196'000 Arbeiter aus Südafrika und 84'000 Migranten aus den Nachbarstaaten Silikose haben. Gemäss Schätzungen leiden weitere 50'000 an anderen berufsbedingten Lungenkrankheiten.

<http://mg.co.za/article/2015-10-12-mining-houses-embroiled-in-potentially-massive-tb-and-silicosis-case>

<http://business-humanrights.org/en/gold-miner-silicosis-litigation-re-so-africa>

## Lonmin in Schwierigkeiten

Zum dritten Mal in sechs Jahren musste der Welt drittgrösster Platinproduzent von seinen Aktionären unterstützt werden. 400 Millionen USD brauchte die Firma Lonmin, um die drohende Zahlungsunfähigkeit abzuwenden. Die Banken garantierten für diese Summe, die mit einer Bezugsrechtsemission aufgebracht werden sollte. Lonmin, die in Südafrika noch 32'000 Angestellte beschäftigt, hat 2015 bereits 3'136 Angestellte entlassen. Schuld an der Krise ist die sinkende Nachfrage für das Edelmetall, dessen Preis von rund USD 1'700 im Jahr 2013 auf aktuell ungefähr USD 890 einbrach. 2015 schrieb das Bergbauunternehmen, in dessen Mine das Massaker von Marikana stattfand, nach Abschreibungen einen Verlust von 2,25 Mia. USD. Der öffentliche Pensionskassenfonds (Public Investment Fund), welcher der südafrikanischen Regierung gehört, hat die nicht gedeckten Anteile der Emission übernommen.

<http://www.bdlive.co.za/companies/2015/12/11/lonmin-says-most-of-share-issue-has-been-taken-up>

<http://www.bdlive.co.za/business/mining/2015/11/23/business-day-tv-everyone-is-taking-a-little-pain-says-lonmin-ceo>

<http://www.bdlive.co.za/business/mining/2015/11/20/debt-squeeze-is-off-as-investors-approve-lonmin-rights-issue>

### Internationale Auszeichnung für „Miners Shot Down“

Im November konnte Regisseur Rehad Desai für „Miners Shot Down“ den renommierten „International Emmy Award“ für den besten Dokumentarfilm entgegen nehmen. Der 2014 gedrehte Film über das Massaker an streikenden Arbeitern in der Plantinmine von Marikana ist bisher mit rund 20 Auszeichnungen gewürdigt worden. Trotzdem und trotz einer entsprechenden Petition konnte ihn die Mehrheit der Südafrikanerinnen und Südafrikaner bisher nicht sehen, da er weder im staatlichen Sender SABC noch im privaten Sender e.tv gezeigt wurde. Obwohl für diese Verweigerung rein administrative Gründe geltend gemacht wurden, ist davon auszugehen, dass sie auf politische Duckmäuserei zurück zu führen ist. Der Druck auf die Sender hat jetzt bei e.tv Erfolg gezeigt: am 11. Januar 2016 wird der Film ausgestrahlt.

Interessant ist die Tatsache, dass der ANC den Filmemachern gratulierte und „den historischen Sieg zelebrierte“. In der Pressemitteilung der Regierungspartei hiess es, der ANC ermutige südafrikanische Stimmen die Geschichte des Landes weiter zu erzählen, so schwierig sich auch einige Episoden mit all ihren Anfechtungen darstellen würden.

Filmemacher Rehad Desai setzt sich in der Marikana Support Campaign für die verwundeten und die Familien der ermordeten Minenarbeiter ein, denen er den Preis widmete.

Die KEESA hat die Vorführung des Films, der die unheilvolle Verstrickung von Politik, Polizei und Unternehmen zeigt, in mehreren Schweizer Städten organisiert, begleitet und mit dem Publikum diskutiert. Der Film dokumentiert Tag für Tag die Woche vor dem Massaker. Er lässt die Streikenden zu Wort kommen und zeichnet die Ereignisse mit Bildmaterial der Polizei und des Sicherheitsdienstes von Lonmin nach. Er ist eine wichtige Quelle, die der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden muss, damit das grösste Massaker seit dem Ende der Apartheid aufgearbeitet werden kann und die Opfer und ihre Familien Gerechtigkeit erfahren.

„Miners Shot Down“ liegt mit deutscher Untertitelung vor. Die DVD kann bei der KEESA für 25.00 CHF bezogen werden.

### Erfolgreicher studentischer Widerstand

Die Ersten waren die Studierenden der University of Cape Town (UCT), welche die Entfernung der Statue von Cecil Rhodes vom Campus der Universität forderten. Die Kampagne, die von wenigen AktivistInnen gestartet wurde, nahm rasch und überraschend an Dynamik zu und endete damit, dass die Universität den Forderungen stattgab. Der Daily Maverick schreibt in einem Kommentar dazu, dass damit die ohnehin nicht intakte Fassade der „Regenbogennation“ weitere Sprünge erhielt und die Forderung nach einer wirklichen Transformation der südafrikanischen Gesellschaft sich Raum verschaffte.

Was dann folgte war eine Kampagne an der Universität von Stellenbosch, der ehemaligen Kaderschmiede der Afrikaner im Westkap. Die Beschränkung auf Afrikaans als Unterrichts- und Prüfungssprache wurde als diskriminierende Schikane gebrandmarkt. Auch diese militante studentische Kampagne war von Erfolg gekrönt.

Aber erst die #FeesMustFall-Kampagne hat landesweites Aufsehen erregt. Die für 2016 vorgesehene Erhöhung der Studiengebühren führte zu wachsenden Protesten an allen Universitäten des Landes. Die Proteste wurden von den Studierenden über alle politischen

Grenzen hinweg in eigener Regie geführt, sie liessen sich von keiner politischen Partei instrumentalisieren. Während die Universitäten mit den Protestierenden verhandelten, liess die Regierung die Bereitschaftspolizei auf die Studierenden los. Trotz Tränengas und Pfefferspray trugen sie ihren Protest auf die Strasse, vors Parlament, vor den Sitz des ANC und schliesslich vor das Regierungsgebäude. Nach einem Tag der Gewalteskalation, bei der es auch zu Vandalenakten in den Universitäten kam, brach der Präsident ein und zog die Gebührenerhöhung zurück. Für die Studierenden, vor allem aus ländlichen Gebieten, geht es bei diesen Protesten um mehr als die Verhinderung einer Erhöhung der Studiengebühren. Es geht grundsätzlich um Chancengleichheit im Blick auf Zugang zu Bildung und dies in einem südafrikanischen Kontext, in dem gute Bildung immer mehr zur „teuren Ware“ wird. Dies macht es selbst für die Mittelschicht schwer, einen anständigen Studienplatz für ihre Kinder zu finanzieren. Noch schlimmer ist die Situation für die vielen Familien aus ländlichen Gebieten und aus den „Townships“, welche von der sich zuspitzenden Massenarbeitslosigkeit stark betroffen sind. Die Solidarität der Studierenden umfasste auch das „Outsourcing“ der Universitätsangestellten, deren Kinder dadurch die Möglichkeit eines gebührenfreien Studiums verlieren.

Der Zusammenhalt der Studierenden, ihre Solidarität untereinander und mit den Universitätsangestellten war erstaunlich. Niemand hatte erwartet, dass eine Jugend ohne bisherige Kampferfahrung so militant, konsequent und erfolgreich für ihre Interessen eintreten würde.

<http://www.dailymaverick.co.za/article/2015-12-14-2015-south-african-person-of-the-year-the-student/#.Vo6ft0-VOwY>

### Deutsche Regierung anerkennt Völkermord

Zum 100. Jahrestag der Kapitulation hatten hochrangige Herero und Nama zusammen mit Vertretern zivilgesellschaftlicher Gruppen Bundespräsident Joachim Gauck eine Petition zur Anerkennung des Genozids übergeben. Deutsche Truppen ermordeten zwischen 1904 und 1908 mehr als 85'000 Herero, Nama, Damara und San im heutigen Namibia.

Mehr als einhundert Jahre später nennt eine deutsche Regierung das Massaker erstmals einen "Völkermord". Nach Angaben des Auswärtigen Amtes gilt für die Bundesregierung nun als "politische Leitlinie" der Satz: "Der Vernichtungskrieg in Namibia von 1904 bis 1908 war ein Kriegsverbrechen und Völkermord." 2004 hatte sich die damalige Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wiecek-Zeul für die hundert Jahre zuvor begangenen Gräueltaten an den Herero und Nama entschuldigt. Die Regierung hatte jedoch bisher eine Anerkennung des deutschen Völkermordes vermieden.

Das NGO-Bündnis „Völkermord verjährt nicht“ fordert die Bundesregierung auf, „den Völkermord an den OvaHerero und Nama, der schon immer als solcher hätte gelten müssen, offiziell anzuerkennen; die Nachfahren der Genozidopfer förmlich um Entschuldigung zu bitten; sich für die Identifizierung und Rückgabe aller nach Deutschland verschleppten Gebeine von Menschen aus Namibia und anderen ehemaligen Kolonien einzusetzen; sich zu einem bedingungslosen und offenen Dialog über Versöhnungsmaßnahmen mit den Nachfahren der Genozidopfer und mit der namibischen Regierung bereit zu erklären.“



Barbara Müller, Koordinatorin KEESA